



Grüß Gott liebe Freunde,

in Deutschland läuft aktuell eine intensive Debatte über den „Global Compact for Migration“. Letzten Donnerstag hat auch der Bundestag über den UN-Flüchtlingspakt, den mehr als 180 Staaten weltweit unterzeichnen sollen, erstmals debattiert. Einige Länder haben jedoch bereits ihre Ablehnung signalisiert. Die CSU sieht dabei die Risiken und die Chancen zugleich für eine sichere, geordnete und begrenzende Migration und wird dazu gemeinsam mit der CDU noch vor der Konferenz in Marrakesch einen Antrag vorlegen. Dieser Antrag soll auch die Punkte und Argumente stärker beleuchten, die in der aktuellen öffentlichen Debatte noch nicht diskutiert wurden. Falls man es klug anstellt, dann wird damit der Migrationsdruck auf Deutschland verringert und die Herkunftsländer stärker in die Pflicht genommen, was unser erklärtes Ziel sein muss und von uns bereits jahrelang gefordert wird. Dennoch bleibt meine Kritik an einzelnen Punkten, dazu werde ich nochmals gesondert detailliert informieren.



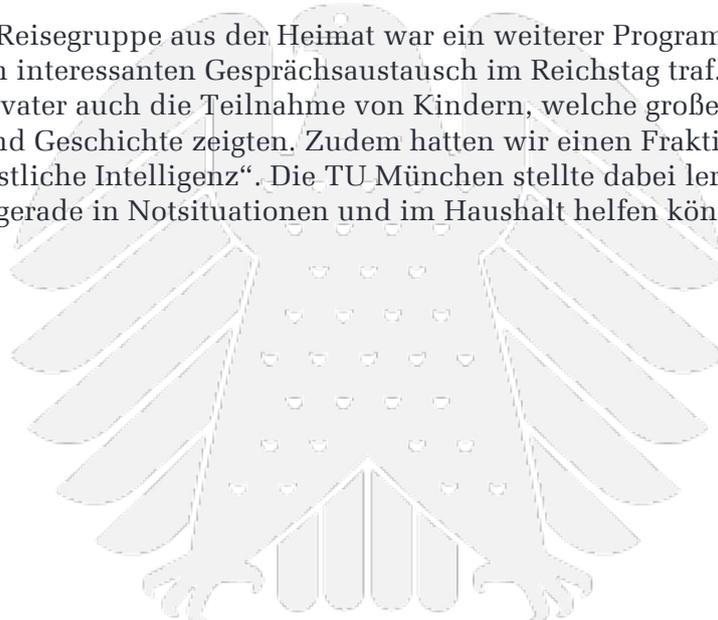
© Florian Obner MdB

Abgesehen davon haben wir ein eindeutiges Bekenntnis zur umweltfreundlichen Schiene in der Region Landshut-Kelheim im Bundesverkehrsministerium abgegeben: Landshut-Plattling wird abschnittsweise zweigleisig ausgebaut, die Taktverdichtung nach München und Regensburg sowie die Elektrifizierung nach Mühldorf über Geisenhausen und Vilsbiburg ist gesichert. Mehr als 200 Millionen Euro werden so bei uns in die Schienenwege investiert, was alles andere wie selbstverständlich ist, denn vor zwei Jahren waren diese Projekte noch nicht vordringlich. Unser Einsatz hat sich damit gelohnt, dies wird zu einem erheblichen Plus an Komfort für unsere Bahnfahrer führen (rechts Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, links der Bahnbeauftragte der Bundesregierung, Enak Ferlemann).



© Florian Obner MdB

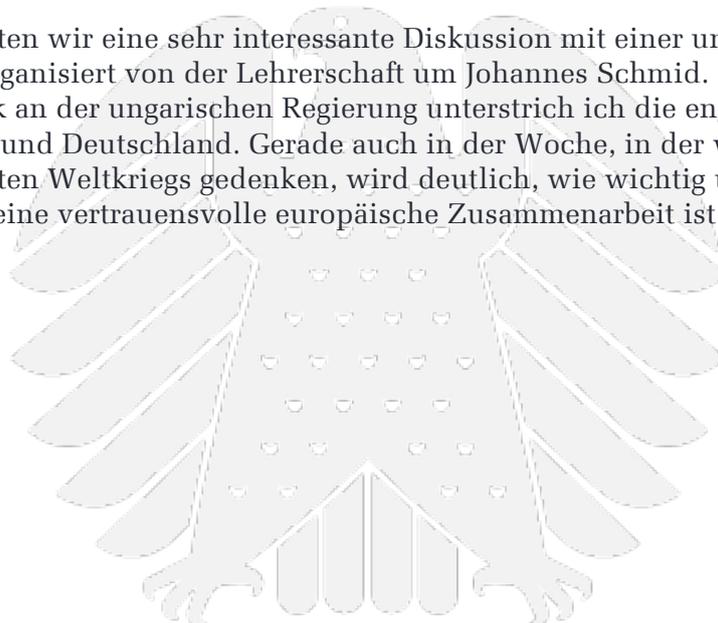
Der Besuch einer Reisegruppe aus der Heimat war ein weiterer Programmpunkt, an dem ich mich zu einem interessanten Gesprächsaustausch im Reichstag traf. Besonders freute mich als Familienvater auch die Teilnahme von Kindern, welche großes Interesse an der Berliner Politik und Geschichte zeigten. Zudem hatten wir einen Fraktionskongress mit dem Thema „Künstliche Intelligenz“. Die TU München stellte dabei lernende Maschinen vor, welche auch gerade in Notsituationen und im Haushalt helfen können.





© Florian Obner MdB

Zu guter Letzt hatten wir eine sehr interessante Diskussion mit einer ungarischen Schülergruppe, organisiert von der Lehrerschaft um Johannes Schmid. Trotz aller öffentlichen Kritik an der ungarischen Regierung unterstrich ich die enge Partnerschaft zwischen Ungarn und Deutschland. Gerade auch in der Woche, in der wir zum 100. Mal dem Ende des Ersten Weltkriegs gedenken, wird deutlich, wie wichtig und friedenssichernd eine vertrauensvolle europäische Zusammenarbeit ist.



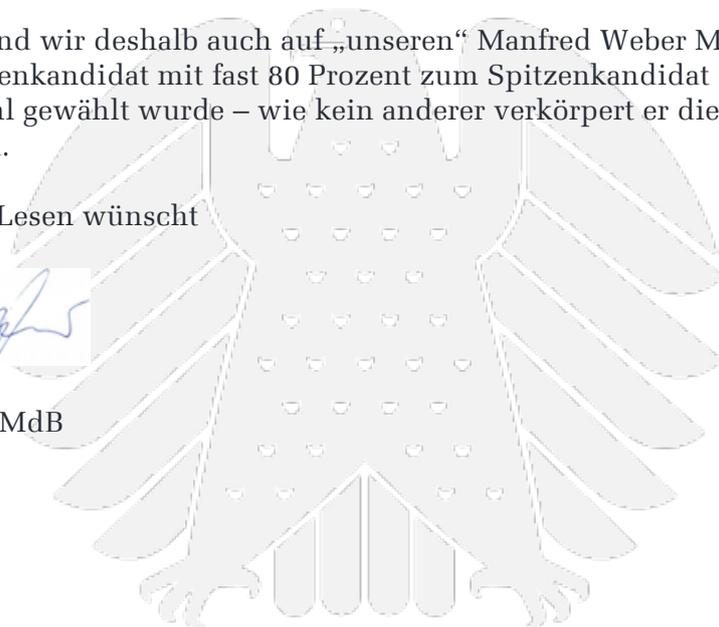


© Florian Obner MdB

Besonders stolz sind wir deshalb auch auf „unseren“ Manfred Weber MdEP, der in Helsinki trotz Gegenkandidat mit fast 80 Prozent zum Spitzenkandidat der Konservativen für die Europawahl gewählt wurde – wie kein anderer verkörpert er die Leidenschaft für ein starkes Europa.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Obner MdB





Interview Passauer Neue Presse

Dobrindt: „Wir haben einen klaren Fahrplan“



© picture alliance / Angelika Warmuth / dpa

Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, über die Zukunft von CSU und CDU und die allgemeine Lage der Volksparteien.

Herr Dobrindt, in der CDU hat das Rennen um die Merkel-Nachfolge begonnen. Wo bleibt die Erneuerung der CSU-Spitze?

Wir haben uns einen klaren Fahrplan gegeben: Erst lösen wir den Wählerauftrag ein und bilden eine stabile Regierung in Bayern, dann gehen wir in die tiefere Analyse des Wahlergebnisses und ziehen daraus die richtigen Schlüsse. Dabei werden wir neben inhaltlichen auch über personelle Fragen diskutieren.

Selbst aus der CDU wird jetzt der Ruf nach einem Rückzug von CSU-Chef Horst Seehofer laut...

Was soll „selbst aus der CDU“ denn für ein Argument sein? Wir geben der CDU keine Ratschläge zur Besetzung ihres Spitzenpersonals und erwarten umgekehrt auch das Gleiche.



Gehören die Ämter Ministerpräsident und CSU-Chef nicht besser in eine Hand?

Die CSU hat in der einen wie der anderen Konstellation bereits erfolgreich gearbeitet. Wichtig ist für uns immer eine Aufstellung, mit der wir unsere politischen Inhalte und die bayerischen Interessen auf allen Ebenen bestmöglich durchsetzen können.

Auch Sie werden als möglicher Parteichef gehandelt. Ein Amt, das Sie reizen würde? Treten Sie an?

Netter Versuch. Der Vorsitz der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist ein Amt, das an Spannung nichts missen lässt.

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer, der frühere Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz oder Gesundheitsminister Jens Spahn – wer könnte die Union wieder aus dem Umfragetief führen?

Es bleibt dabei, dass wir der CDU keine Empfehlungen für ihr Spitzenpersonal geben. Ich gehe aber davon aus, dass alle Kandidaten versuchen werden, eine große Breite der Gesellschaft anzusprechen, indem sie die drei großen Wurzeln der Unionsparteien betonen: die christlich-soziale, die liberale und die bürgerlich-konservative. Spannend wird sicher, ob der eine oder andere Kandidat erkennen lässt, dass er eine der Wurzeln in der Vergangenheit für nicht ausreichend repräsentiert gesehen hat. Das heißt: Es geht bei dieser Entscheidung nicht nur um Köpfe, sondern auch um Inhalte und den richtigen Kurs, um den Gestaltungsanspruch für die bürgerliche Mehrheit in unserem Land klar zu formulieren und auch einzulösen.

Aber die von Ihnen geforderte konservative Revolution wäre doch am ehesten mit Friedrich Merz möglich, oder?

Ich habe in einem Debattenbeitrag einen gesellschaftlichen Prozess beschrieben. Fakt ist: Wir müssen die Vielfalt und Breite an Positionen in den Unionsparteien wieder mehr als Stärke begreifen und sie gemeinsam weiterentwickeln, anstatt zu versuchen, sie einzuschränken. Das ist eine zentrale Voraussetzung, um bei den Herausforderungen unserer Zeit zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu finden.

Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben die Parteien der Großen Koalition starke Verluste hinnehmen müssen. Welche Konsequenzen müssen CDU, CSU und SPD jetzt ziehen, um Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen?

Die Wahlergebnisse zeigen die aktuelle Dilemma-Situation. Eine zu starke Verengung auf die sogenannte Mitte führt auf beiden Seiten links und rechts zu Wählerabwanderungen. Die Volksparteien müssen wieder stärker ihr jeweiliges politisches Spektrum ansprechen. Für die Unionsparteien heißt das, allen Wählern von der Mitte bis zur demokratisch Rechten eine politische Heimat zu bieten. Volksparteien stehen für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Dafür muss man bereit sein, klare Orientierung zu geben und darf



nicht akzeptieren, dass Spaltungsbewegungen Rechtsaußen und Linksaußen weiter Zulauf bekommen.

Ist die Zeit der Volksparteien vorbei? Erleben wir jetzt auch in Deutschland eine Zersplitterung des Parteiensystems wie in anderen Ländern Europas?

Die Volksparteien haben das selber in der Hand. Volksparteien haben die Kraft, Spaltungen zu überwinden und auch Gegensätzliches zu verbinden. Der Grünen-Vorsitzende Habeck behauptet, Volksparteien stehen für einen „kleinen gemeinsamen Nenner“. Das ist grundfalsch. Im Gegenteil: Volksparteien stehen für den größtmöglichen gesellschaftlichen Ausgleich. Genau das ist heute durch die zunehmende Fragmentierung unserer Gesellschaften so wichtig wie schon lange nicht mehr – und gerade die Unionsparteien haben darin übrigens eine große Tradition: Konrad Adenauer hat Protestanten und Katholiken zusammengeführt, Ludwig Erhard Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Franz Josef Strauß Tradition und Fortschritt, Helmut Kohl Ost und West. Daran müssen wir anknüpfen.

Die Grünen sind die Partei der Stunde. Wie ist der Höhenflug der Partei zu erklären?

Das aktuelle Hoch der Grünen ist auch im Nachholbedarf und der Schwäche anderer Parteien begründet. Vieles von dem, was bei den Grünen formuliert und gedacht wird – beispielsweise, wenn Herr Habeck in seinem Buch schreibt, dass er Vaterlandsliebe zum Kotzen findet und mit Deutschland nichts anfangen kann – passt nicht in den Konsens unserer Gesellschaft. Diese grünen Widersprüche müssen benannt werden. Gleichzeitig müssen wir unseren Gestaltungsanspruch bei den ökologischen, gesellschaftspolitischen und den ethischen Fragestellungen wieder stärker herausstellen.

Was, wenn die Große Koalition auseinanderbricht – Neuwahlen oder ein Neuanlauf für ein Jamaika-Bündnis?

Ich will, dass diese Koalition funktioniert und gute Ergebnisse liefert. Die GroKo ist besser als ihr Ruf. Wir stärken Investitionen und schaffen Entlastungen, fördern Familien mit Kindergelderhöhung und Baukindergeld, stärken die Mütterrente und senken die Arbeitslosenversicherung. Wir haben einen Koalitionsvertrag bis 2021 vereinbart, den sollten wir erfüllen. Ich kann der SPD nur raten, das ständige Infragestellen der Koalition einzustellen. Flucht aus der Verantwortung wird nicht zu mehr Wählerzustimmung führen!



UN-Migrationspakt

Deutschland hat größtes Interesse an internationaler Debatte über Migration



© picture alliance / ZB

Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen wollen am 11. Dezember 2018 den Global Compact for Migration unterzeichnen. Deutschland unterstützt dieses Dokument, da es eine Handlungsgrundlage für den Umgang mit der weltweiten Migration darstellt.

In Deutschland läuft eine intensive Debatte über der Global Compact for Migration. Am Donnerstag hat auch der Bundestag über die UN-Flüchtlingspakt debattiert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt den Pakt, da er – entgegen der insbesondere von der AfD verbreiteten Falschinformationen – hilft, den Migrationsdruck auf Deutschland zu verringern. „Gerade Deutschland hat größtes Interesse daran, dass wir international über Fragen der Migration, der Vermeidung illegaler Migration und der Bekämpfung von Fluchtursachen sprechen: Es geht um die Bekämpfung der Schleuser, um Verantwortung der Herkunftsländer, um Verantwortung der Transitländer“, betonte Alexander Dobrindt, Chef der CSU im Bundestag. Der Pakt beinhalte Mindeststandards, die in Deutschland bereits erfüllt würden. Der Migrationspakt könne helfen, vor allem die Situation in anderen Ländern zu verbessern und Migrationsdruck auf Deutschland zu reduzieren.



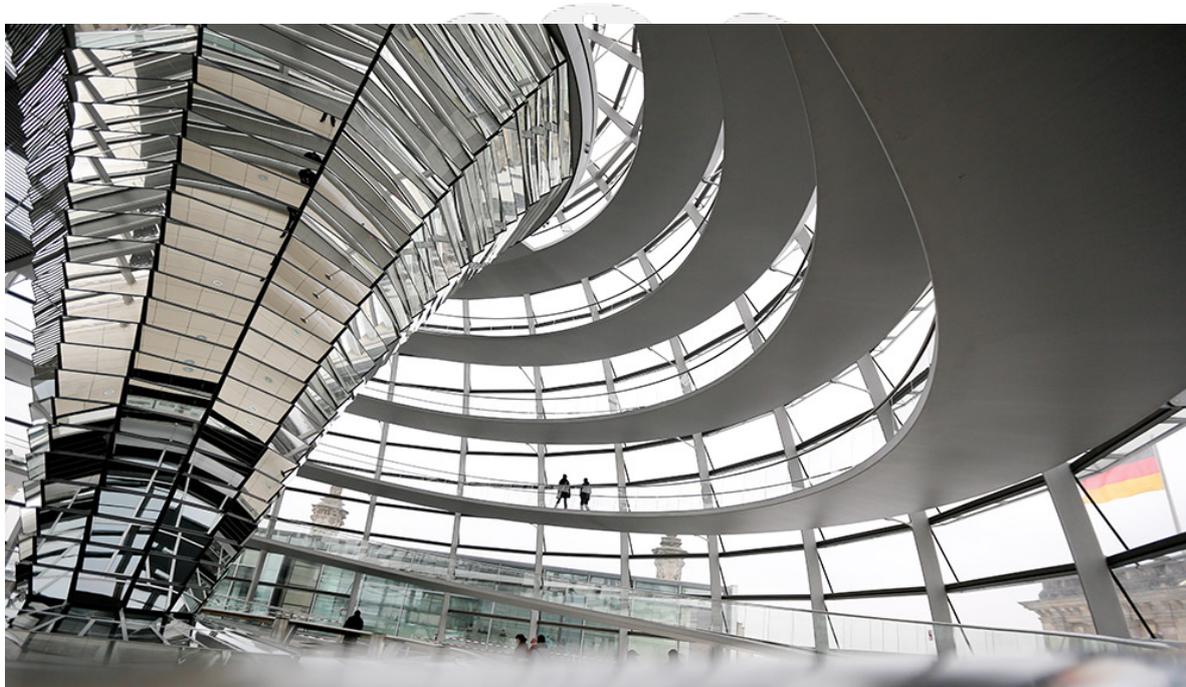
Nationale Souveränität wird nicht eingeschränkt.

Michael Kuffer, Innenexperte der CSU im Bundestag, erläuterte in der Debatte: „Natürlich ist der Druck auf Staaten mit hohen Standards wie die Bundesrepublik Deutschland ungleich höher als auf Staaten mit niedrigen Standards. Und genau da setzt der Global Compact an. Genau hier wird deutlich, wie sehr der Pakt den deutschen Interessen der Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung entspricht.“ Deutschland wolle den Schleusern das Handwerk legen und Menschen ohne Bleibeperspektive von vornherein davonabhalten, sich auf den Weg über das Mittelmeer zu machen, betonte Kuffer. „Genau das entspricht der Zielrichtung des Global Compact.“ Der Migrationspakt ist kein völkerrechtlicher Vertrag, damit nicht rechtlich binden, sondern eine politische Selbstverpflichtung. Nationale Souveränität wird in keiner Weise eingeschränkt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich für den UN-Migrationspakt aus.

#CSUliefert

#CSUliefert



© picture alliance / dpa



Der Deutsche Bundestag verabschiedete diese Woche eine Rekordzahl neuer Gesetze, welche die Lebensverhältnisse der Bürger in diesem Land nachhaltig verbessern. Die CSU im Bundestag hat bei allen Gesetzesvorhaben eine wichtige Rolle gespielt - vor allem aber zeigt diese Parlamentswoche: Die GroKo ist besser als ihr Ruf.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Regierungskoalition hat die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu einer ihrer zentralen Aufgaben für diese Legislaturperiode gemacht. Strukturschwache Regionen, Städte und Kommunen in allen Bundesländern sollen wirkungsvoll unterstützt werden. In der Debatte im Bundestag zu diesen Herausforderungen stellte Heimatminister Horst Seehofer (CSU) daher klar, dass die Heimatabteilung seines Ministeriums an Lösungen arbeite. Man habe zudem eine Kommission mit Vertretern der Regierung, der Bundesländer und Kommunen eingerichtet, um zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu kommen. Diese erstelle zunächst einen Deutschland-Atlas, um zu definieren, wo „besonderer Handlungsbedarf“ bestehe. Auf diese Räume müsse man sich konzentrieren. Die CSU wird ihrer Rolle als Heimatpartei somit gerecht.

Neuregelungen bei der Pflege

Das „Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals“, welches wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, sieht zahlreiche Neuregelungen vor, um die Pflegekräfte in der Kranken- und Altenpflege zu entlasten. So sollen etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen im Bereich der Altenpflege geschaffen werden. Die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken wird erleichtert. Zudem wird der Krankenhausstrukturfonds ausgebaut. Dafür steht ab dem Jahr 2019 ein Finanzvolumen von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr bis einschließlich 2022 bereit. In seiner Rede zeigte sich CSU-Gesundheitsexperte Georg Nüßlein sehr zufrieden mit dem Erreichten. Nicht Kostendruck und Gewinnmaximierung stünden nun im Vordergrund, sondern der Mensch. In erster Lesung wurde zudem ein Gesetzentwurf zur Finanzierung der Mehrausgaben, die aus der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und der Verbesserung der Leistungen der Pflegeversicherung resultieren, beraten. Da mehr Menschen die unterschiedlichen Leistungsverbesserungen in Anspruch genommen haben als erwartet, ist eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019 notwendig. Insgesamt ergibt sich damit ein Beitragssatz von 3,05 Prozent. Damit wird es auch möglich sein, weitere im Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahmen wie die weitere Entlastung pflegender Angehöriger umzusetzen.

Steuerlichen Entlastung von Familien

Diese Woche wurde auch eine deutliche Entlastung von Familien mit Kindern beschlossen – auch die Unterstützungsleistungen wurden angehoben. Diese umfassen



eine Erhöhung des Kindergelds um 10 Euro ab 1. Juli 2019. Eine Anhebung des Kinderfreibetrags um 192 Euro ab 1. Januar 2019 wurde beschlossen. Der steuerliche Grundfreibetrag wird ebenfalls angehoben und die kalte Progression abgebaut. Durch diese Maßnahmen werden Familien mit Kindern und insbesondere Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen um insgesamt rund 9,8 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Bis 2022 summieren sich die Entlastungen auf fast 35 Milliarden Euro. Die CSU im Bundestag macht klar: Wir sind der parlamentarische Anwalt der Familien.

Die CSU hält Wort bei der Rente

Die CSU im Bundestag hält Wort. Fast 9,7 Millionen Mütter haben ab dem kommenden Jahr mehr Geld in der Tasche. Wir haben die Mütterrente gegen alle Widerstände durchgesetzt. Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, erhalten künftig einen zusätzlichen halben Rentenpunkt. Das beweist: Die Anerkennung der Erziehungsleistung unserer Mütter ist ein Markenzeichen der CSU. „Unser Ziel ist die vollständige Gleichstellung von Erziehungszeiten und ein klarer Fahrplan für die Mütterrente III“, erklärt Stephan Stracke. Wir schaffen zudem Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führen eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz ein. Nicht zuletzt werden Geringverdiener bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet, indem wir die Grenze für ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge auf 1.300 Euro Monatseinkommen anheben. Die Leistungen des Pakets, das wir in zweiter und dritter Lesung beraten, sollen zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Impressum

Herausgeber: Florian Oßner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999